

Benjamin Zeitler

Verbandliche Interessenvertretung und Mitgestaltung
in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten

Benjamin Zeitler

Verbandliche
Interessenvertretung
und Mitgestaltung
in den mittel- und
osteuropäischen
Transformationsstaaten



VS VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dissertation Universität Regensburg, 2010

1. Auflage 2011

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2011

Lektorat: Frank Schindler | Verena Metzger

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.

Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-531-18370-1

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	11
Tabellenverzeichnis	12
Abkürzungsverzeichnis.....	15
Vorwort	19
1 Einleitung.....	21
1.1 Fragestellung	21
1.1.1 Die Rolle der Verbände in der Systemtransformation Mittel- und Osteuropas	21
1.1.2 Weiterführende Fragen: Funktionen, Organisation und Mitgliederverhalten.....	22
1.2 Forschungsstand.....	23
1.2.1 Entwicklungslinien der Verbändeforschung und allgemeine Desiderata	23
1.2.2 Transformationsforschung.....	24
1.2.3 Verbändeforschung in Mittel- und Osteuropa	26
1.2.3.1 Verbände in der Transformationsforschung und die Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft	26
1.2.3.2 Mangel an empirischen und analytisch-komparativen Studien.....	26
1.3 Eigener Lösungsansatz.....	27
1.3.1 Theoretisches Design	27
1.3.2 Fallauswahl und empirische Überprüfung	28
1.4 Forschungsmethodik	29
2 Verbändetheorien.....	31
2.1 Verbände und Gesellschaft: Die Organisierbarkeit von Verbänden und Interessengruppen.....	31
2.1.1 Pluralismus	31
2.1.2 Die Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie.....	33
2.1.3 Die Perspektive der Bewegungsforschung	35
2.2 Verbände und Staat: Politische Einflussnahme und Gestaltung	37
2.2.1 Die pluralistische Perspektive	37
2.2.2 Die neokorporatistische Perspektive	39
2.2.3 Die Perspektive der Netzwerktheorie	43
2.3 Verbände und Individuum: Mitgliederverhalten	46

2.3.1	Trittbrettfahrer und Anreizsysteme	46
2.3.2	Verbandsmitglieder zwischen Loyalität, Abwanderung und Widerspruch.....	48
2.4	Verbände und Organisation: Oligarchisierung und Professionalisierung.....	50
2.4.1	Organisation zwischen hierarchischer Oligarchie und Stratarchie	50
2.4.2	Professionalisierung der Organisation.....	52
2.5	Zusammenfassung und Ergebnisse.....	54
3	Transformationstheorien.....	59
3.1	Ansätze und Theorien der Transformationsforschung	59
3.1.1	Makroanalytische und strukturalistische Ansätze	59
3.1.2	Akteurstheoretische Ansätze auf der Mikroebene.....	62
3.1.2.1	Empirisch-deskriptiver Ansatz.....	63
3.1.2.2	Analytisch-deduktiver Ansatz.....	64
3.2	Transitionsphasen der Transformation.....	65
3.2.1	Ende des autokratischen Systems und Liberalisierung.....	66
3.2.1.1	Ursachen für das Ende des autokratischen Regimes	66
3.2.1.2	Verlaufsformen in der Liberalisierungsphase	67
3.2.1.3	Akteursverhalten in der Liberalisierungsphase	68
3.2.2	Institutionalisierung.....	70
3.2.2.1	Unterschiedliche Modi der Entstehung demokratischer Institutionen	71
3.2.2.2	Rolle der Akteure in der Phase der Institutionalisierung	72
3.2.3	Konsolidierung und Stabilisierung.....	73
3.2.3.1	Der Konsolidierungsbegriff.....	74
3.2.3.2	Mehrdimensionale Modelle demokratischer Konsolidierung	75
3.3	Zusammenfassung und Ergebnisse.....	78
4	Theoriesynthese: Verbände während der Transformation	81
4.1	Die Organisation von Verbänden in den Transformationsphasen	81
4.1.1	Die Organisierbarkeit von Interessen in der Liberalisierung.....	81
4.1.2	Die Organisierbarkeit von Interessen in der Institutionalisierung	82
4.1.3	Die Organisierbarkeit von Interessen in der Konsolidierung	83
4.1.4	Zusammenfassung	83
4.2	Interessenvertretung und Mitgestaltung von Verbänden in den Transformationsphasen	85
4.2.1	Interessenvertretung und Mitgestaltung in der Liberalisierung.....	85
4.2.2	Interessenvertretung und Mitgestaltung in der Institutionalisierung	86
4.2.3	Interessenvertretung und Mitgestaltung in der Konsolidierung.....	87
4.2.4	Zusammenfassung	88
4.3	Mitgliederverhalten in den Transformationsphasen	89
4.3.1	Mitgliederverhalten in der Liberalisierung.....	89
4.3.2	Mitgliederverhalten in der Institutionalisierung.....	90
4.3.3	Mitgliederverhalten in der Konsolidierung	91
4.3.4	Zusammenfassung	92
4.4	Die Organisation der Interessengruppen in den Transformationsphasen	93

4.4.1 Die Organisation der Interessengruppen in der Liberalisierung	93
4.4.2 Die Organisation der Interessengruppen in der Institutionalisierung	93
4.4.3 Die Organisation der Interessengruppen in der Konsolidierung.....	94
4.4.4 Zusammenfassung	95
5 Die besonderen Rahmenbedingungen der Transformation in Mittel- und Osteuropa: Hindernisse und Chancen für das Entstehen eines funktionierenden Verbandssystems.....	97
5.1 Die vorsozialistische Vergangenheit	97
5.2 Sozialistische Massenorganisationen in Mittel- und Osteuropa.....	99
5.2.1 Mechanismen des kommunistischen Machtsystems	99
5.2.2 Sozialistische Massenorganisationen	101
5.2.3 Die Rolle der Gewerkschaften in den sozialistischen Systemen	103
5.2.4 Folgen des sozialistischen Erbes für die Interessengruppenentwicklung nach 1989	107
5.3 Gesellschaftliche Konfliktlinien in postsozialistischen Staaten	109
5.4 National-ethnischer Pluralismus in Mittel- und Osteuropa	112
5.5 Das Dilemma der Gleichzeitigkeit: Wirtschaftliche und politische Transformation	115
5.5.1 Die gleichzeitige Durchsetzung ökonomischer und politischer Reformen	115
5.5.2 Postkommunistische Enttäuschungen.....	117
5.6 Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Ländern.....	118
5.7 Die Besonderheiten der Umbrüche in Mittel- und Osteuropa und die Folgen für das postkommunistische Verbands- und Interessengruppensystem: Zusammenfassung.....	124
6 Fallbeispiel Tschechien	127
6.1 Der Transformationsprozess in der Tschechoslowakei	127
6.1.1 Das kommunistische System der Tschechoslowakei und die Entwicklungen ab 1968.....	127
6.1.2 Die Tschechoslowakei vom 17. November bis zur ersten freien Wahl im Juni 1990	131
6.1.3 Die Entwicklungen bis zur Staatsteilung 1993	133
6.1.4 Die Konsolidierungsphase ab 1993	135
6.1.4.1 Die Politische und wirtschaftliche Entwicklung ab 1993	135
6.1.4.2 Der Weg in die EU.....	138
6.1.4.3 Die Entwicklungen als EU-Mitgliedsland bis zur tschechischen EU-Ratspräsidentschaft	139
6.1.5 Zusammenfassung und Problematik der Abgrenzung der Transformationsphasen.....	140
6.2 Die Entwicklung der Verbändelandschaft in der Tschechoslowakei und in Tschechien	142
6.2.1 Historische Entwicklung der Verbändelandschaft in Böhmen und der Tschechoslowakei	143

6.2.2 Die Verbändelandschaft in der Phase der Liberalisierung: Inseln der Zivilgesellschaft.....	146
6.2.2.1 Anzahl der Verbände und Mitgliederstärke	147
6.2.2.2 Interessenbereiche und Vertretung schwacher Interessen.....	150
6.2.2.3 Formation der Interessengruppen und Mitgliedsgrund	151
6.2.3 Institutionalisierung des Systems – Institutionalisierung der Verbände?	156
6.2.3.1 Anzahl der Verbände und Mitgliederstärke	157
6.2.3.2 Interessenbereiche und Vertretung schwacher Interessen.....	159
6.2.4 Die Verbändelandschaft während der Konsolidierung.....	161
6.2.4.1 Anzahl der Verbände und Mitgliederstärke	164
6.2.4.2 Interessenbereiche und Vertretung schwacher Interessen.....	166
6.3 Gewerkschaften in Tschechien.....	168
6.3.1 Die Geschichte der Gewerkschaften: Von der Arbeitnehmerbewegung zum Transmissionsriemen des Staates.....	169
6.3.2 Organisationsgrad und Mitgliederstärke der Gewerkschaften nach 1988.....	174
6.3.2.1 Anzahl der Gewerkschaften und Mitgliederstärke.....	174
6.3.2.2 Formation der Gewerkschaften.....	177
6.3.3 Interessenvertretung und Mitgestaltung der Gewerkschaften	182
6.3.3.1 Entwicklung der Beziehung zwischen Staat und Gewerkschaften seit 1988 im Zeichen des Tripartismus	182
6.3.3.2 Einfluss der Gewerkschaften bei konkreten Gesetzesvorgaben – das Arbeitsgesetzbuch	195
6.3.3.3 Vertretungsmacht, Repräsentationsmonopol und Bündnisfähigkeit der Gewerkschaften.....	202
6.3.3.4 Art der Staat-Verbände-Beziehung in den Transformationsphasen.....	204
6.3.4 Mitgliederverhalten in den Gewerkschaften.....	208
6.3.5 Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften	213
6.3.5.1 Dominante Organisationsform der Gewerkschaften	213
6.3.5.2 Professionalisierungsgrad der Gewerkschaften	219
6.4 Umweltorganisationen in Tschechien	223
6.4.1 Die tschechische Umwelt: Umweltverschmutzungen und ihre Ursachen	224
6.4.2 Die Ursprünge der tschechischen Umweltbewegung: Vom Umweltschutz zur politischen Opposition	227
6.4.3 Organisationsgrad und Mitgliederstärke der Umweltorganisationen	232
6.4.3.1 Anzahl und Mitgliederstärke der Umweltorganisationen	232
6.4.3.2 Formation der Umweltorganisationen und Mitgliedsgrund	238
6.4.4 Interessenvertretung und Mitgestaltung der Umweltorganisationen	244
6.4.4.1 Entwicklung der Beziehung zwischen Staat und Umweltverbänden seit 1988	244
6.4.4.2 Die Kampagne gegen Temelín.....	252
6.4.4.3 Vertretungsmacht, Repräsentationsmonopol und Bündnisfähigkeit der Umweltorganisationen.....	261
6.4.4.4 Art der Staat-Verbände-Beziehung in den Trans-	

	formationsphasen.....	264
6.4.5	Mitgliederverhalten in den Umweltorganisationen	266
6.4.5.1	ČSOP – Trotz enormer Mitgliederverluste weiterhin stärkste Kraft	266
6.4.5.2	Hnutí Duha.....	270
6.4.6	Organisatorischer Aufbau der Umweltorganisationen	272
6.4.6.1	Dominante Organisationsformen der Umweltorganisationen am Beispiel der ČSOP und der Hnutí Duha.....	273
6.4.6.2	Professionalisierungsgrad der Umweltorganisationen	279
7	Zusammenfassung, Ergebnisse und theoretische Schlussfolgerungen	291
7.1	Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie	291
7.1.1	Verbände und Gesellschaft in der Tschechischen Republik.....	292
7.1.2	Verbände und Staat in der Tschechischen Republik	297
7.1.3	Verbände und Individuum in der Tschechischen Republik.....	300
7.1.4	Verbände und Organisation in der Tschechischen Republik.....	304
7.2	Überprüfung der zentralen These und theoretische Schlussfolgerungen.....	307
7.3	Ausblick	310
8	Literaturverzeichnis.....	313
8.1	Interviews und Hintergrundgespräche.....	313
8.1.1	Interviews aus den Medien	313
8.1.2	Selbstgeführte Interviews	313
8.1.3	Selbstgeführte Hintergrundgespräche.....	314
8.2	Publizierte Quellen und Materialien.....	314
8.2.1	Verbandsveröffentlichungen	314
8.2.2	Sonstige Quellen, Berichte und Umfragen	316
8.2.3	Zeitungsartikel und Pressemitteilungen.....	317
8.3	Literatur	320

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

Abbildung 1: Mögliche Ergebnisse der Transformation	69
Abbildung 2: Das Mehrebenenmodell demokratischer Konsolidierung nach <i>Merkel</i>	77
Abbildung 3: Hierarchischer Aufbau der sowjetischen Gewerkschaften	106
Abbildung 4: Die Transformationsphasen in Tschechien	142
Abbildung 5: Mitgliedschaften in einem Verband oder Verein (in Prozent).....	158
Abbildung 6: Vertrauen der Bevölkerung in Gewerkschaften 1995-2005 (in Prozent)	212
Abbildung 7: Organisatorische Struktur der ČSKOS (1990-1992).....	215
Abbildung 8: Der Aufbau der ČMKOS (Zahlen aus dem Jahr 2009)	218
Abbildung 9: Einstellung der tschechischen Bevölkerung zur Kernenergie (in Prozent) ..	261
Abbildung 10: Entwicklung der Anzahl der örtlichen Gruppen der Hnutí Duha (1992-2008)	272
Abbildung 11: Die Organisation der ČSOP 1979-1989	274
Abbildung 12: Die Organisation der ČSOP ab 1991/1997.....	276
Abbildung 13: Organisatorischer Aufbau der Hnutí Duha.....	279
Abbildung 14: Angestellte der Hnutí Duha nach Beschäftigungszeit (2008).....	287
Abbildung 15: Organisationsplan des Zentrums der Hnutí Duha	289

Tabellen

Tabelle 1:	Pluralismus und Korporatismus im Vergleich	40
Tabelle 2:	Theoretische Erklärungen zur Organisierbarkeit von Interessen	55
Tabelle 3:	Die Organisierbarkeit von Verbänden in der Transformationsphase	84
Tabelle 4:	Interessenvertretung und Mitgestaltung in den Transformationsphasen	89
Tabelle 5:	Mitgliederverhalten in den Transformationsphasen	92
Tabelle 6:	Organisationsformen während der Transformationsphasen	95
Tabelle 7:	Vortotalitäre, demokratische Erfahrungen in postkommunistischen Staaten	98
Tabelle 8:	Gewerkschaftsmitglieder und Bevölkerungszahlen in den sozialistischen Ländern Ost- und Mitteleuropas	104
Tabelle 9:	Wirtschaftliche Situation im eigenen Haushalt (2007 gegenüber 1988) (Angaben in Prozent)	111
Tabelle 10:	Ethnische Minderheiten in Mittel- und Osteuropa	113
Tabelle 11:	Rechtliche und reale Diskriminierung ethnischer Minderheiten im postsozialistischen Europa	114
Tabelle 12:	Stand der Wirtschaftsreformen im Jahr 1991	116
Tabelle 13:	Jährliche Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Prozent	117
Tabelle 14:	Ansatzpunkte, Ziele und Instrumente externer Demokratieförderung	120
Tabelle 15:	Hindernisse und Chancen der Interessengruppengenese in Mittel- und Osteuropa	125
Tabelle 16:	Regierungen in der Tschechischen Republik bis zum EU-Beitritt	137
Tabelle 17:	Regierungen in der Tschechischen Republik seit 2004	139
Tabelle 18:	Demonstrationen in der Tschechoslowakei 1988-1989	148
Tabelle 19:	Zahl der Demonstranten in der Samtenen Revolution	149
Tabelle 20:	Konkurrierende Deutungsrahmen und Netzwerke in der Tschechoslowakei 1989	152
Tabelle 21:	Fahrten der Schauspieler in die Regionen der ČSSR	155
Tabelle 22:	Zahl der neugegründeten Organisationen	158
Tabelle 23:	Die Mitgliedschaftsentwicklung in freiwilligen Organisationen im Jahr 1990 (in Prozent)	159
Tabelle 24:	Übersicht über zivilgesellschaftliche Organisationen nach der Art ihrer Tätigkeit	160
Tabelle 25:	Der NGO-Sustainability-Index der USAID für Tschechien 2000-2008	163
Tabelle 26:	Entwicklung der nichtstaatlichen Nonprofitorganisationen von 1993-2008	164
Tabelle 27:	Entwicklung der Mitgliedschaften in Tschechien 1990, 2000 und 2004 (in Prozent)	166
Tabelle 28:	Mitgliedschaft in freiwilligen Organisationen (in Prozent)	166
Tabelle 29:	Die Mitgliedschaftsentwicklung der tschechischen Bevölkerung in frei willigen Organisationen im Jahr 2000 (in Prozent)	167
Tabelle 30:	Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei 1913-1983	173
Tabelle 31:	Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften in der Tschechoslowakei 1990-1992	175

Tabelle 32:	Entwicklung der Mitgliedschaft der weiteren tschechischen Dachverbände	176
Tabelle 33:	Gewerkschaftlicher Organisationsgrad 1993-2008.....	176
Tabelle 34:	Geschlossene Generalabkommen 1991-1995	188
Tabelle 35:	Der Nutzen von Gewerkschaften, ČMKOS-Umfrage 1994 (Angaben in Prozent).....	190
Tabelle 36:	Abschlüsse von Multi-Arbeitgeberverträgen durch die ČMKOS, 1995- 2007	193
Tabelle 37:	Vertrauen der Bevölkerung in Gewerkschaften (in Prozent).....	209
Tabelle 38:	Entwicklung der ČMKOS -Mitgliedschaft	210
Tabelle 39:	Unterschiede im Vertrauen gegenüber Gewerkschaften, 2003 (in Prozent)	212
Tabelle 40:	Anzahl der Umweltorganisationen laut dem Regional Environmental Centers (REC) in der Tschechischen Republik.....	235
Tabelle 41:	Umfrage zum eigenen, aktiver Beitrag zum Umweltschutz (in Prozent) 2004-2008 in den letzten fünf Jahren.....	237
Tabelle 42:	Überblick über die Entstehung der Reaktorblöcke des AKW Temelín	253
Tabelle 43:	Mitgliederentwicklung der ČSOP 1989-1993	267
Tabelle 44:	Mitgliederentwicklung bei der ČSOP 1994-2008.....	269
Tabelle 45:	Finanzielle Situation der ČSOP	282
Tabelle 46:	Mitarbeiter der Hnutí Duha	286
Tabelle 47:	Finanzielle Situation der Hnutí Duha	288
Tabelle 48:	Die Organisierbarkeit von Verbänden in der Transformationsphase in der Tschechischen Republik	295
Tabelle 49:	Interessenvertretung und Mitgestaltung in den Transformationsphasen in der Tschechischen Republik.....	299
Tabelle 50:	Mitgliederverhalten in den Transformationsphasen in der Tschechischen Republik	303
Tabelle 51:	Organisationsformen während der Transformationsphasen in der Tschechischen Republik	306

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Deutsch	Tschechisch
AKW	Atomkraftwerk	
ArbGB	Arbeitsgesetzbuch	
ASO	Assoziation unabhängiger Gewerkschaften	Asociace samostatných odborů
AV ČR	Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik	Akademie věd České republiky
CVVM	Zentrum für Meinungsforschung	Centrum pro výzkum veřejného mínění
čl.	Paragraph, Artikel, Abschnitt	článek
ČMKOS	Böhmisch-Mährische Konföderation der Gewerkschaftsverbände	Českomoravská konfederace odborových svazů
ČMMJ	Böhmisch-Mährischen Jägerverband	Českomoravská myslivecká jednota
ČOD	Tschechoslowakische Arbeitergemeinde	Československá obec dělnická
ČR	Tschechische Republik	Česká republika
čs.	tschechoslowakisch	československý
ČSAV	Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften	Československá akademie věd
ČSFR	Tschechische und Slowakische Föderative Republik	Československá Federativní Republika
ČSKOS	Tschechische und Slowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände	Česká a slovenská konfederace odborových svazu
ČSOP	Tschechischer Verband der Naturschützer	Český svaz ochránců přírody
ČSR	Tschechoslowakische Republik	Československá Republika
ČSSD	Tschechische Partei der Sozialdemokratie	Česká Strana Sociální Demokracie
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik	Československá Socialistická Republika
ČSTV	Tschechischen Verband für Körpererziehung	Český svaz tělesné výchovy
ČSÚ	Tschechisches Statistikamt	Český statistický úřad

ČSŽ	Tschechoslowakischer Frauenbund	Československý svaz žen
ČTK	Tschechische Presseagentur	Česká tisková kancelář
DI	Demokratische Initiative	Demokratická iniciativa
EIT	Europäisches Integrationsteam der	
ČMKOS	ČMKOS	Evropský integrační tým ČMKOS
EP	Europaparlament	
EU	Europäische Union	
FNM ČR	<i>Fonds</i> des Nationalvermögens der ČR	Fond národního majetku České republiky
HD	Bewegung Regenbogen	Hnutí Duha
HZDS	Bewegung für eine demokratische Slowakei	Hnutie za demokratické Slovensko (slow.)
KAN	Club der engagierten Nichtpartei- mitglieder	Klub angažovaných nestraníků
KDU-ČSL	Christlich-demokratische Union- Tschechoslowakische Volkspartei	Křesťanská a demokratická unie - Česká strana lidová
Klub 231	Club der ehemaligen politischen Gefangenen	Klub bývalých politických vězňů
KOK	Christliche Gewerkschaftskoalition	Křesťanská odborová koalície
KORP	Koordinierungsrat der Arbeitgeber- verbände und – vereinigungen Tschechiens	Koordinacni rada podnikatelskych svazu a sdruzeni CR
KOZSR	Konföderation der Gewerkschafts- verbände der Slowakischen Repub- lik	Konfederácia odborových zväzov Slovenskej Republiky (slow.)
KP	Kommunistische Partei	
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjet- union	
KPZS ČR	Konföderation der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände der ČR	Konfederace zaměstnavatelských a podnikatelských svazů České republiky
KSČ	Kommunistische Partei der Tsche- choslowakei	Komunistická strana Československa
KSČM	Kommunistische Partei Böhmen und Mähren	Komunistická strana Čech a Moravy
KUK	Kunst- und Kulturföderation	Konfederace umění a kultury
KÚVR	Büro des Zentralexekutivrats	Kancelář Ústřední výkonne rady
Kč	tschechische Krone	Koruna česká
Kčs	tschechoslowakische Krone	Koruna československá
MD	Verkehrsministerium	Ministerstvo dopravy
MF	Finanzministerium	Ministerstvo financí
mil.	Mio.	
MK	Kulturministerium	Ministerstvo kultury

mld.	Mrd.	
MMR	Ministerium für Regionalentwicklung	Ministerstvo pro místní rozvoj
MO	Verteidigungsministerium	Ministerstvo obrany
MOEL	Mittel- und osteuropäische Länder	
MPO	Industrie- und Handelsministerium	Ministerstvo průmyslu a obchodu
MPSV	Arbeits- und Sozialministerium	Ministerstvo práce a sociálních věcí
MS	Justizministerium	Ministerstvo spravedlnosti
MSDU OS	Union zur Vermögensverwaltung und Delimitierung der Gewerkschaftsverbände	Majetková, správní a delimitační unie odborových svazů
MŠMT	Ministerium für Schule, Jugend und Sport	Ministerstvo školství, mládeže a tělovýchovy
MU	Masaryk-Universität	Masaryková univerzita
MV	Innenministerium	Ministerstvo vnitra
MZ	Gesundheitsministerium	Ministerstvo zdravotnictví
MZV	Außenministerium	Ministerstvo zahraničních věcí
MŽP	Umweltministerium	Ministerstvo životního prostředí
NEseHNU	Unabhängige sozial-ökologische	Nezávislého sociálně ekologického
TÍ	Bewegung	hnutí
NF	Nationale Front	Národní fronta
NGO	Nichtregierungsorganisation	
NIF	Stiftungsinvestitionsfonds	Nadační investiční fond
NNO	Nichtregierungsorganisation	Nestátní neziskové organizace
NOÚZ	Nationale Angestellten-gewerkschaftszentrale	Národní odborová ústředna zaměstnanecká
NPÖ	Neue Politische Ökonomie	
NROS	Stiftung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft	Nadace rozvoje občanské společnosti
ODA	Bürgerlich-Demokratische Allianz	Občanská Demokratická Aliance
ODS	Bürgerlich-Demokratische Partei	Občanská Demokratická Strana
OF	Bürgerforum	Občanské Forum
OH	Bürgerbewegung	Občanské hnutí
OS	Gewerkschaftsbund	Odborové sdružení
OSČ	Tschechoslowakischen Gewerkschaftsvereinigung	Odborové sdružení československé
OS ČMS	Gewerkschaftsverband von Böhmen, Mähren und der Slowakei	Odborové sdružení Čech, Moravy a Slovensko
RHSD ČR	Rat der wirtschaftlichen und sozialen Verständigung der Tschechischen Republik	Rada hospodářské a sociální dohody ČR

RNNO	Rat für Nichtstaatliche Nonprofit-Organisationen	Rada vlády pro nestátní neziskové organizace
ROH	Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung	Revoluční odborové hnutí
SEVEn	Zentrum für effektive Energienutzung	Středisko pro efektivní využívání energie
SH ČMS	Verband der Feuerwehrmänner Böhmens, Mährens und Schlesiens	Sdružení hasičů Čech, Moravy a Slezska
SK	Sportverein	Sportovní klub
SNB spol.	Sicherheitspolizei (bis 1990) Gesellschaft	Sboru národní bezpečnosti společnost
SP ČR	Verband für Industrie und Verkehr der Tschechischen Republik	Svaz průmyslu a dopravy České republiky
SPR	Staatliches Naturschutzgebiet	Státní přírodní rezervace
SSM	Sozialistischer Jugendverband (1970-1990)	Svaz socialistické mládeže
STEM	Zentrum für empirische Forschung	Středisko empirických výzkumů
STUŽ	Gesellschaft für nachhaltiges Leben	Společnost pro trvale udržitelný život
SZOP	Slowakische Verband der Naturschützer	Slovenský zväz ochrancov prírody (slow.)
ÚRO	Zentralrat der Gewerkschaften	Ústřední rada odborů
US	Freiheitsunion	Unie svobody
ÚV	Zentralausschuss	Ústřední výbor
ÚVOS	Zentralausschüsse der Gewerkschaftsverbände	Ústřední výbory odborových svazů
ÚVR	Zentraler Exekutivrat	Ústřední výkonné rady
ÚVZ	Zentrale der öffentlichen Angestellten	Ústředí veřejných zaměstnanců
VPN zák.	Öffentlichkeit gegen Gewalt Gesetz	Verejnost' proti násiliu (slow.) zákon
ZO	Grundorganisation	Základní organizace
ZO ROH	Grundorganisation der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung	Základní organizace Revolučního odborového hnutí
ZV	Betriebsausschuss	Závodní výbor

Vorwort

Über 20 Jahre nach den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa sollte man denken, dass die Transformation dieser Staaten hin zu liberalen Demokratien in allen Einzelheiten durchleuchtet und erklärt worden ist. Bei genauerer Betrachtung fällt aber ins Auge, dass mit den Verbänden ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie nur ausschnittsweise und bei weitem nicht umfassend betrachtet wurde. Dies ist noch verwunderlicher, da trotz einer schwach ausgeprägten Verbandslandschaft die mittel- und osteuropäischen Demokratien gefestigt erscheinen und die Gefahr autoritärer Herrschaft in Mitteleuropa offenbar keine Rolle mehr spielt. Die Frage nach der Bedeutung von Verbänden in modernen Staatswesen stellt sich somit erneut. Als Beispiel für diese Untersuchung wurde dabei auf Tschechien zurückgegriffen – ein Nachbarland, dem nur selten Aufmerksamkeit in der deutschen Politikwissenschaft zu Teil wurde.

Damit bot sich dem Autor die Möglichkeit eine Untersuchung in einem Bereich zu unternehmen, den er schon seit Beginn seines Studiums mit Interesse verfolgte. Gerade mit dem Nachbarland Tschechien hat sich der Autor intensivst auseinandergesetzt. Der Autor hofft, mit dieser Untersuchung das Interesse wieder verstärkt auf die kleinen Staaten östlich Deutschlands zu lenken – das Interesse am Land und an der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem selbigen.

Ohne den vielfältigen Beistand wäre die Realisierung eines solchen Dissertationsprojekts unmöglich. Deshalb gebührt an dieser Stelle einer Vielzahl von Menschen und Institutionen Dank. An erster Stelle zu nennen ist hier mein Doktorvater Prof. Dr. Martin Sebaldt. Bereits während des Studiums hat er das vertiefte Interesse zur Politikwissenschaft bei mir geweckt, mir das Handwerkszeug wissenschaftlichen Arbeitens gelehrt und mich in vielfältiger Weise unterstützt. Selbstverständlich für ihn, unterstützte er mein Promotionsvorhaben von Beginn an und hatte immer Zeit für meine Fragen. Er half mit inhaltlichen und konzeptionellen Ratschlägen, seiner konstruktiven Kritik und seinem Blick fürs Wesentliche, die Doktorarbeit in die richtige Bahn zu lenken. So bleibt hier nur zu sagen: Ohne ihn gäbe es diese Doktorarbeit nicht. Danken möchte ich auch Prof. Dr. Marek Nekula, der als Zweitgutachter die Dissertation betreute. Als Leiter der wissenschaftlichen Einrichtung Bohemicum trägt er zusammen mit seinem Team eine wesentliche Verantwortung dafür, meine Begeisterung für Tschechien und die tschechische Sprache geweckt zu haben. Herzlichen Dank!

Der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. gebührt Dank für die finanzielle und ideelle Förderung während der Promotionszeit. Stellvertretend für alle Mitarbeiter sei dem Leiter des Förderungswerk Prof. Hans-Peter Niedermeier gedankt. Ich weiß diese Unterstützung sehr zu schätzen, ermöglichte sie doch die Umsetzung des Vorhabens in einem vernünftigen Zeitrahmen. An dieser Stelle sei auch der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. gedankt, die mich während des Studiums finanziell und ideell unterstützt hat.

Wesentlicher Bestandteil der Studie bildet das originäre Untersuchungsmaterial. Die Arbeit könnte heute in dieser Form nicht veröffentlicht werden ohne die Hilfe der zahlrei-

chen im Literaturverzeichnis aufgeführten Akteure, die zu einem Interview oder Hintergrundgespräch bereit waren. Vor allem für die Einblicke, die mir bei der ČMKOS, der ČSOP und der Hnutí Duha in den Archiven gewährt wurden, möchte ich mich herzlich bedanken.

Freunde und Studienkollegen an der Universität Regensburg haben neben der moralischen Unterstützung dazu beigetragen, dass mancher Gedanke manche Anregung neu in die Studie mit aufgenommen werden konnte. Besonders möchte ich mich bei meinem Weggefährten und Freund Dr. Gerhard Hopp bedanken, der während Studium und Dissertation stets mit Ratschlägen und Korrekturen zur Stelle war und mit dem ich in zahlreichen Gesprächen so manches Problem in der Studie lösen konnte. Dieser Dank gilt meinen Freunden, Kollegen und Kommilitonen an der politikwissenschaftlichen Fakultät, die mir stets mit Rat und Tat, mit Korrekturarbeiten und Anregungen zur Seite standen.

Einen beständigen Rückhalt während meines ganzen Studiums und des anschließenden Promotionsprojekts habe ich in meiner Familie gefunden. Sie haben mich immer darin bestärkt meinen Weg zu gehen und haben diesen ohne Wenn und Aber unterstützt. Dafür ein herzliches Dankeschön. Zu guter letzt möchte ich meiner Freundin Caroline danken. Sie gab mir Kraft und Motivation, das Projekt durchzustehen und hat mit ihrer moralischen Unterstützung, ihrer Geduld und ihrer Hilfe einen wesentlichen Anteil am Gelingen dieses Vorhabens.

Regensburg, im April 2011

1 Einleitung

1.1 Fragestellung

1.1.1 Die Rolle der Verbände in der Systemtransformation Mittel- und Osteuropas

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in den mittel- und osteuropäischen Staaten hofften Medien, Politiker und Wissenschaftler auf eine rasche Stabilisierung der neuen politischen Systeme. Sehr schnell erkannte man die enorme Bedeutung der organisierten Zivilgesellschaft für den Konsolidierungsprozess dieser jungen Demokratien, da „Parteien alleine (...) die Interessenvermittlung zwischen Gesellschaft und Staat nicht gewährleisten“ können (Sandschneider 1999: 9) und da die Interessenvermittlung zur Demokratie gehört „wie der Kolben zum Zylinder“ (Kleinfeld 2007b: 7). Auf den ersten, oberflächlichen Blick wurden große Erwartungen in ein Aufblühen von organisierten Interessen nach dem Sturz der kommunistischen Systeme gesetzt. So war man der Überzeugung, dass sich die Menschen nach Jahrzehnten des Verbots mit der neuen Vereinigungsfreiheit quasi automatisch zu Gruppierungen und Organisationen zusammenfinden würden (Ost 1993: 455). Außerdem sahen viele in den Entwicklungen während der Endphase der kommunistischen Regime Anzeichen für eine Bestätigung dieser optimistischen Prognosen: Als Beispiele und Vorreiter dienten die *Solidarność*-Bewegung in Polen, die Umweltproteste im Donaubecken in Ungarn und die kurzfristigen Massendemonstrationen in der noch bestehenden DDR und in der Tschechoslowakei. Doch wurden diese Erwartungen nicht nur enttäuscht, sondern die Forschung sah sich mehr noch mit einer chronischen Unterentwicklung der Verbändelandschaft konfrontiert. Die Vorstellung, dass erst eine ausgeprägte Verbände- und Interessenvertretungslandschaft einen Staat vollständig konsolidieren kann, verwirklichte sich in den mittel- und osteuropäischen Ländern somit in der Realität bis heute nicht (Kopecký 2003: 1).

Deshalb versuchten die verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen bereits mehrfach, die Frage nach den Ursachen für die mangelnde Ausprägung der organisierten Zivilgesellschaft in den mittel- und osteuropäischen Staaten zu klären (Wiesenthal 1999: 83-114). Doch geben diese Entwicklungen auch Anlass zu weiterem Nachdenken und führen zu folgenden Leitfragen:

1. Welche Bedeutung haben die Interessengruppen in den einzelnen Phasen der Systemtransformation trotz ihrer langsamen und quantitativ nur geringen Entfaltung in den postkommunistischen Staaten?
2. Welchen Zusammenhang gibt es zwischen der Systemtransformation und den Interessengruppen und welche Auswirkungen hat ein Systemwechsel auf die Verbandslandschaft?

Die sozialwissenschaftliche Forschung beschäftigte sich zwar in diesem Zusammenhang sehr ausführlich und mit großem Interesse mit der Rolle der Zivilgesellschaft, aber entwich daraus keine Theorie, die diesen Zusammenhang zwischen Transformation und organisierter Interessenvertretung erklären könnte. Die Entwicklung einer solchen Theorie bildet einen Schwerpunkt dieser Arbeit. Diese soll aber nicht nur die Fragestellung nach dem Einfluss der Verbände auf ihre Umwelt unter den Rahmenbedingungen der Transformation und des Systemwechsels zu erklären versuchen, sondern auch umgekehrt den Einfluss der Umwelt auf die Verbände deuten. Damit werden die Forschungsfragen nach dem Muster der verbandlichen Interessenvertretung und Aufgabenwahrnehmung in den Transitionsphasen thematisiert.

1.1.2 Weiterführende Fragen: Funktionen, Organisation und Mitgliederverhalten

Um diese Leitfragen zu beantworten, bedarf es einer konkreteren Systematisierung und Untergliederung. Deshalb müssen zunächst die Funktionen von Interessengruppen, der Organisationsgrad und die Organisationsart von Verbänden und schließlich das Mitgliederverhalten innerhalb dieser Verbände näher betrachtet werden. Daraus ergibt sich folgende Einteilung:

- ***Verbände und Gesellschaft:*** Dieser Bereich beschäftigt sich mit der Organisationsfähigkeit von Interessen und den zentralen Aufgaben und Funktionen von Interessengruppen. Dabei rücken die Fragen in den Vordergrund, ob sich gesellschaftliche Interessen in Mittel- und Osteuropa nach ähnlichen Mustern organisieren wie in westlichen Demokratien, oder ob hier andere Formen der Interessensbildung in Erscheinung treten. Wie stark ist das Verbandssystem ausgeprägt und wie setzt es sich zusammen?
- ***Verbände und Staat:*** In westlichen Demokratien übernehmen Verbände vielfach quasi-staatliche Aufgaben und tendieren so zu einer symbiotischen Vernetzung mit dem Staat. Diese Beziehungen zwischen Staat und Verbänden sind zum einen geprägt von der Existenz monopolartiger Spitzenverbände, die einen Alleinvertretungsanspruch für ihre jeweilige Klientel erheben und in herausgehobener Stellung mit dem Staat verhandeln (z.B. in den Kommissionen). Zum anderen sind sie gekennzeichnet durch die Übertragung öffentlicher Aufgaben an eben diese Organisationen zum Zwecke der Selbstregulation. Inwieweit sind auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten Verbände in solche korporatistische Arrangements eingebunden?
- ***Verbände und Individuum:*** In diesem Zusammenhang stellen sich die Fragen, wie Bürger in postkommunistischen Staaten zur Mitgliedschaft bzw. wie sie zu einem Verbleib in bestehenden Organisationen bewegt werden können. Sind in diesen Ländern besondere Formen der Mitglieder mobilisierung erkennbar?
- ***Verbände und Organisation:*** Bei Interessengruppen ist das ganze Spektrum von Organisationsformen anzutreffen. So existieren hierarchisch organisierte Verbände, die eine straffe Führung aufweisen, aber auch Interessengruppen mit stratachischen Strukturen, in denen sich die Machtbeziehungen verteilen. Auch kann man Mitglie-

derverbänden mit einer breiten, in viele gesellschaftliche Schichten reichenden Mitgliederbasis von *Non-Membership-Organizations* unterscheiden. Welche Organisationsformen sind in Mittel- und Osteuropa anzutreffen? Sind hier verschiedene Organisationstypen dominant?

Insgesamt also ist zu klären, ob Verbände in den postkommunistischen Staaten die gleichen Funktionen einnehmen wie in den westlichen Ländern, oder ob dieser Funktionenkatalog erweitert werden muss. Erst die Beantwortung dieses Sets von Einzelfragen, die von der Makro- über die Meso- bis hin zur Mikroebene reichen, ermöglicht eine Annäherung an die Haupt- und Ausgangsfrage. Letztlich soll geklärt werden, ob die in die Verbände gesetzten Erwartungen für die Konsolidierung erfüllt werden können. Dabei wird als Fallbeispiel die Tschechische Republik herangezogen.

1.2 Forschungsstand

1.2.1 Entwicklungslinien der Verbändeforschung und allgemeine Desiderata

Die Verbändeforschung kann auf eine lange Tradition zurückblicken und hat mittlerweile „imponierende Ergebnisse“ (Sebaldt 2006: 29) erzielt. Es entstanden mehrere Großtheorien, die die Interessenorganisationen in ihren verschiedenen Erscheinungsformen untersuchen. Dazu zählen die Analyse der Beziehung zwischen Verbänden und Gesellschaft (Pluralismus und Neopluralismus)¹ oder zwischen Verbänden und Staat (Korporatismus)², die Organisationslogik³ oder auch der Zusammenhang zwischen den Verbänden und den Mitgliedern (Neue Politische Ökonomie)⁴. Durch die Modernisierungsprozesse der Gesellschaften Westeuropas entwickelte sich auch die Verbandsforschung weiter. So entstanden zu den Großtheorien mehrere Untertheorien, wie etwa die Dritte-Sektor-Theorie (Birkhölzer 2005), die Weiterentwicklung der NPÖ (Märtz 1990), die Theorie der kritischen Masse (Marwell/Ames 1978/1979). Diese Theorien versuchen, neue Erscheinungsformen von Verbänden zu erklären und durch Modifikationen der Theorien der gesellschaftlichen Modernisierung gerecht zu werden. Diese Vielfalt führte zu einer kaum mehr zu überblickenden Publikationsflut. So verzeichnete *Sebaldt* allein zwischen 1976 und 1995 über 1.320 Titel zur Interessengruppen-Literatur (Sebaldt 1997: 17).

Dennoch kam es nicht zu einer Herausbildung einer einheitlichen Theorie. Vielmehr stehen viele Theorien im Gegensatz zueinander, als Ergänzung aufeinander aufbauend oder vollkommen unvermittelt nebeneinander. Trotz dieses breiten Spektrums konkurrierender Theorien ist es bisher kaum gelungen, einen Gesamtansatz zur Erklärung organisierter Interessenvertretung zu formulieren, der die zentralen Aussagen der einzelnen Theorien zusammenfasst. Bei diesem Ansinnen kommt neben dem Problem der Literaturfülle vor allem die Vielfalt der Disziplinen erschwerend hinzu. So haben es sich neben Soziologen und Politikwissenschaftlern auch Vertreter der Psychologie, der Ökonomie und der

¹ Vgl. dazu die Studien von *Arthur F. Bentley* (1908), *David B. Truman* (1951) und die Weiterentwicklung zum Neopluralismus unter *Ernst Fraenkel* (1964).

² Vgl. *Schmitter* (1974), *Lehmbruch* (1977) und die Studie von *Lehmbruch* und *Schmitter* (1982).

³ Vgl. dazu die Studien von *Michels* (1989) und *Eldersveld* (1964).

⁴ Vgl. dazu *Olson* (1992), *Salisbury* (1969) und *Hirschman* (1974).

Rechtswissenschaften zur Aufgabe gemacht, die Vielfalt der Fragestellungen zu beantworten. Daraus ergibt sich, dass in der Folge „immer nur Teilaspekte“ beleuchtet werden und keine Theorie „für sich eine Gesamtbegründung und Deutung des Wandels organisierter Interessen bieten“ (von Alemann 1985: 20) kann. Vielfach wurde zwischenzeitlich eine Zusammenfassung der Verbändeforschung vorgenommen, die auch die Synergieeffekte der einzelnen Theorien nutzte.⁵

Trotz dieser Publikationsdichte bestehen in der Verbändeforschung immer noch Forschungsdesiderata. Diese liegen zum einen in der fehlenden empirischen Informationsbasis begründet und zum anderen in dem mangelnden Methodenbewusstsein der Verbändeforscher. So ist der Vorwurf des Hangs zu „theoriegesättigte(n) Dachkonstruktionen“ von *Ulrich von Alemann* (von Alemann 1993: 161) auch heute noch berechtigt, selbst wenn sich seitdem die Untersuchung von Verbänden vor allem in der Bundesrepublik Deutschland enorm weiterentwickelt hat (Sebaldt/Straßner 2004; von Winter/Willems 2007; Zimmer/Weßels 2001). Doch führte die fehlende Datenbasis auch dazu, dass die vergleichende Verbändeforschung als „vernachlässigtes Feld“ (von Alemann/Weßels 1997: 8) betrachtet werden kann und in der Politikwissenschaft ein „Randdasein“ (Reutter 2005: 234) fristet. Zwar hat der Neo-Korporatismus zu einem Aufschwung der komparativen Perspektive geführt, doch beschränkte sich dieser meist auf Westeuropa (Reif 2003: 174; Reutter/Rütters 2001). *Karlheinz Reif* kommt deshalb zu der Feststellung, dass die „theoriegesteuerte empirisch-komparative Verbändeforschung“ (Reif 2003: 176) gerade erst begonnen habe. Diese Aussage gilt umso mehr für die Verbändeforschung in Mittel- und Osteuropa.

1.2.2 Transformationsforschung

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa ist die Transformationsforschung⁶ wieder „in Mode gekommen“, wie von *Beyme* bereits 1994 feststellte (von Beyme 1994a: 141). Dies führte zu einer weiten Verzweigung der Disziplin und einer wahren Publikationsflut. Dabei reichten die Veröffentlichungen von Untersuchungen von Einzelphänomenen der Transformation bis hin zu der globalen Studie *Samuel P. Huntingtons*, der die Demokratisierungsprozesse in den mittel- und osteuropäischen Ländern als Teil seiner festgestellten „Dritten Welle“ der Demokratisierung verortete.⁷

⁵ Hier ist v. a. die Forschungsarbeit von *Martin Sebaldt* zu erwähnen, der bereits in mehreren Publikationen eine Kombination der Theorien vorgenommen hat (1997: 46-73; 2006: 9-33). Weitere einführende Überblicksdarstellungen bieten u.a. *Mahood* (1990: 1-15), *Moe* (1980, 1981), *Kochanek* (1980), *Walker* (1991), *Jordan* und *Malony* (2007) und die Zusammenfassung von *Sabatier* (1992).

⁶ Der Begriff der Transformation wird in der Politikwissenschaft weder einheitlich noch eindeutig verwendet. Vielfach wird er mit Transition gleichgesetzt, wie etwa bei *Schlumberger* und *Karadag* (2006: 227) oder als Überbegriff für alle Wandelerscheinungen bei Systemen verwendet, wie bei *Merkel* (1999: 76). Der Unterschied zwischen Transition und Transformation ist aber ein qualitativer. Denn Transition steht für eine kurze Übergangszeit und den Übergang von System A zu System B. Transformation bedeutet dagegen zusätzlich die inhaltliche Adaption der Strukturmerkmale. Damit endet Transformation nicht mit den Gründungswahlen, sondern erst, wenn die demokratischen Spielregeln den Alltag bestimmen; s. dazu *Kollmorgen* (1994: 384).

⁷ Die erste Demokratisierungswelle identifiziert *Huntington* in den Jahren von 1828 bis 1926 (u.a. USA, Großbritannien, Frankreich). Zwischen 1943 und 1962 verortet er die zweite Welle (u.a. Japan, Österreich, Deutschland, Italien) und die dritte beginnt 1974. Dazwischen liegen nach *Huntington* Phasen der Reautoritarisierung der Systeme, die er als gegenläufige Wellen kennzeichnet (1991).

Dabei musste sich die Transformationsforschung nicht ganz unberechtigt den Vorwurf gefallen lassen, keine eigentliche Theorie darzustellen. Schließlich habe sie die Ereignisse rund um den Systemwechsel immer erst *ex post* und damit auch in gewisser Weise deskriptiv analysiert. Kaum eine der großen Theorien war dagegen im Stande, den Zusammenbruch des Sozialismus *ex ante* vorherzusehen,⁸ auch wenn in vielen Fällen versucht wurde, die Realitäten in die vorhandenen Modelle einzupassen.

Diese hatten teilweise schon eine lange Tradition, reichten die Wurzeln der Transformationsforschung doch bereits in die späten 1950er Jahre mit den insbesondere makrosoziologisch-funktionalistischen und makrosoziologisch-strukturalistischen Theoriesträngen zurück (Lipset 1959; Moore 1969; Parsons 1951, 1969). Ihren ersten Höhepunkt als eigenständiger Forschungsstrang erfuhr sie nach den Systemwechseln in Lateinamerika und den Demokratisierungen Portugals, Griechenlands und Spaniens in West- und Südeuropa mit den elitenzentrierten Erklärungsmodellen (O'Donnell/Schmitter 1986). Im Mittelpunkt standen dabei im Wesentlichen stets zwei Fragen: Wie kam es zum Sturz des autoritären Regimes und wie konsolidiert sich das neugeschaffene System? Diese Fragestellung implizierte meist die Auseinandersetzung damit, welche Bedingungen zur Entstehung und zum Bestand einer Demokratie vonnöten sind. Deshalb ist Transformationsforschung in den häufigsten Fällen immer auch Demokratisierungsforschung (Schlumberger/Karadag 2006: 226).⁹

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme nach 1989 rückten wieder alle Forschungsstränge in den Fokus. So erlebten die modernisierungstheoretischen (Pye 1990; Welzel 1994; Zapf 1994) und strukturalistischen Erklärungsansätze (Rueschemeyer u.a. 1992; Vanhanen 1990, 1992, 1997) einen erneuten Aufschwung und koexistierten neben den akteurstheoretischen (Przeworski 1991) und kulturalistischen Theoriemodellen (Huntington 1993, 1996; Putnam 1993, 2000). Die danach folgenden Syntheseveruche (u.a. von Beyme 1994; Merkel 1994; Offe 1994; Sandschneider 1995; Kollmorgen 1996) führten allerdings zu keiner allgemein gültigen Transformationstheorie. Bis heute wurde kein „Königsweg in der Transformationsforschung“ (Merkel 1994) gefunden, jedoch ist ein solcher auch nicht erforderlich. Vielmehr muss die Transformationsforschung in der Gesamtschau für einzelne Erklärungsansätze offen bleiben und das jeweils adäquate Theoriemodell für die verschiedenen Erscheinungsformen der Transformation heranziehen.

⁸ Nur die Systemtheoretiker *Luhmann* und *Parson* hatten bereits in den 80er Jahren den kommunistischen Systemen ihre Überlebensfähigkeit abgesprochen; vgl. dazu *von Beyme* (1994b: 19-20).

⁹ Darüber hinaus existieren wichtige Studien, die den Übergang von Demokratien zu autoritären bzw. totalitären Systemen untersuchen. Maßgeblich sind hier die Werke von *Linz* und *Stepan* (1978). In der zeitgenössischen Literatur sind allerdings fast ausschließlich Untersuchungen zum erwarteten und willkommenen Systemwechsel hin zur Demokratie zu finden.

1.2.3 Verbändeforschung in Mittel- und Osteuropa

1.2.3.1 Verbände in der Transformationsforschung und die Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft

Betrachtet man die Verbändeforschung in Mittel- und Osteuropa, so gilt es zunächst, ihren Stellenwert in der Transformationsforschung zu überprüfen. Schon *Croissant, Merkel* und *Sandschneider* stellten fest, dass die Verbindung von Fragestellungen der Transformationsforschung zu denen der klassischen Verbändeforschung „immer noch eher gering ausgeprägt“ ist (Croissant 1999: 331). So gibt es bis heute nur sehr wenig Werke, die den Brückenschlag zwischen beiden Forschungsfeldern versuchen.

Dies wird dadurch erschwert, dass die Frage nach der Bedeutung und Funktion von Interessengruppen sehr frühzeitig durch die Fragen nach der Genese und dem Zustand einer *civil society* (Arato 1991; Cohen/Arato 1992) überdeckt wurde. Die Forschung zur Zivilgesellschaft schloss die Interessengruppen zwar stets mit ein, doch verlagerte sich die wissenschaftliche Diskussion durch unklare Definitionen weg von der eigentlichen Untersuchung der Verbändelandschaft. Denn immer noch gilt der Ausspruch von *Klaus Naumann* aus dem Jahr 1991, dass die „[...] Klarheit darüber, was eigentlich Zivilgesellschaft ist oder sein soll, [...] im umgekehrten Verhältnis zur Häufigkeit der publizistischen Verwendung dieses Schlüsselworts“ steht (Naumann 1991: 58).¹⁰ Bis heute ist der Begriff vielfach von analytischer Schwammigkeit und Normativität geprägt. Außerdem bleibt unklar, wie „Zivilgesellschaft“ von den Bereichen „Markt“ und „Staat“ sinnvollerweise abgetrennt werden kann (Edwards 1998). Hinzu kommt die Schwierigkeit, eine klare Unterscheidung von Zivilgesellschaft und Verbänden vorzunehmen. Dies zeigt sich etwa daran, dass die Systemwechselreihe, die von *Wolfgang Merkel* u.a. herausgegeben wird, in Band 4 die Rolle der Verbände beleuchtet (Merkel/Sandschneider 1999) und in Band 5 die Zusammenhänge zwischen Zivilgesellschaft und Transformation (Merkel 2000) bearbeitet, ohne auf den jeweils anderen Band einzugehen. Die Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft und deren inflationärer begriffliche Gebrauch haben wenig dazu beigetragen, politikwissenschaftliche Fragestellungen im Bereich der Verbändeforschung zu beantworten, sondern haben vielmehr diese durch eine Verschiebung der Debatte in den Hintergrund gedrängt. Doch auch Studien, die den Terminus Zivilgesellschaft vermeiden (wie Waller 1992), bleiben vage und bieten keine Erklärungsmodelle zu Verbandsentstehung und Verbandsfunktionen.

1.2.3.2 Mangel an empirischen und analytisch-komparativen Studien

Neben dieser Theoriearmut sind besonders die fehlenden empirischen Untersuchungen eines der Hauptforschungsdesiderata im Bereich der Verbändeforschung in Mittel- und Osteuropa. Zwar entstanden in der Euphorie der Transformationsforschung einige vergleichende Publikationen zum Verbändesystem und dessen Entstehung in den postkommunistischen Staaten (Ost 1993; Padgett 2000; Weßels 1994; Wiesenthal 1996, 1999) und Untersuchungen zur Zivilgesellschaft in Mittel- und Osteuropa (Bendel/Kropp 1997; Howard 2002, 2005; Merkel 2000; Rose-Ackermann 2007; Szábo 2004; Zbiegniew 1991), gemein

¹⁰ Einen Überblick über die Herkunft des Begriffs und die politikwissenschaftliche Diskussion bieten *Fein/Matzke* (1997) und *Pollack* (2004).

ist jedoch beiden, dass die Studien meist unscharf bleiben. Ursache dafür ist vor allem die lückenhafte Datenlage in den postkommunistischen Staaten und der Mangel an Fall- und Länderstudien.

Dies trifft auch auf die für diese Untersuchung relevante Tschechische Republik zu. So kann die Politikwissenschaft in den 1990er Jahren nur eine einzige Monographie zu den organisierten Interessen in der Tschechischen Republik vorweisen (Brokl 1997b). Erst ab dem Jahr 2000 versuchen wenige Wissenschaftler, die Forschungsdesiderata mit Monographien (Císař 2008b; Frič 2005; Rakušanová 2007; Rakušanová/Stašková 2007; Stachová 2008), Sammelwerken (Mansfeldová/Kroupa 2005; 2008) und mehreren Aufsätzen (Frič 2001; 2008) zu schließen. Allerdings lässt eine umfassende Studie zu den Interessengruppen in der Tschechischen Republik weiter auf sich warten.

Ähnlich ist die Forschungslage bei den konkreten Fallbeispielen der Umweltorganisationen und der Gewerkschaften. Während gerade bei Ersteren relativ umfassende internationale Literatur in Aufsatz- (Carmin/Hicks 2002; Carmin/Jehlička 2005; Davis 2004; Fagin 2000) oder Buchform (Fagan 2004) vorliegt, werden die Gewerkschaften bisher meist nur monothematisch auf ihr Wirken im tschechischen Tripartismus untersucht (Mansfeldová 2005a; 2006a; Myant 2000; 2007b). Somit fehlt es weiterhin an Studien, welche die Verbändelandschaft und im konkreten das Wirken der Gewerkschaften und Umweltorganisationen fassen können.

So kann man abschließend zum Forschungsstand resümieren, dass zwar „Zivilgesellschaft und Transformation (...) in den 1990er Jahren zu den prominentesten Themen der Sozialwissenschaften“ (Croissant 2000: 9) zählten, aber dennoch sowohl in der Theorie als auch in der Empirie viele Forschungsdesiderata vorhanden sind. Vorliegende Dissertation will im Bereich der Verbändeforschung einen Beitrag leisten, diese zu verringern.

1.3 Eigener Lösungsansatz

1.3.1 Theoretisches Design

Anhand der gängigen Verbändetheorien erfolgt zunächst die Feststellung der wesentlichen Charakteristika und Funktionen von Verbänden, welche diesen in westlichen Demokratien zugeschrieben werden. Dabei finden die demokratiethoretischen Erklärungen von Pluralismus und Neopluralismus (u.a. Truman 1951; Fraenkel 1964) ebenso Verwendung wie die steuerungstheoretische Argumentation des Korporatismus (u.a. Schmitter 1974). Zur Erarbeitung der möglichen Organisationslogik und der verschiedenen Arten des Mitgliederhaltens dienen u.a. die Theoriestränge der Neuen Politischen Ökonomie (NPÖ) von *Mancur Olson* (Olson 1992), *Robert A. Salisbury* (Salisbury 1969) und *Albert O. Hirschman* (Hirschman 1974) und der Organisationssoziologie (Eldersveld 1964; Michels 1989). Dabei werden die Theorien nicht separat betrachtet, sondern als Ergänzungen gesehen, die erst zusammengefügt eine umfassende Gesamtschau über die Charakteristika von Verbänden ergeben. Darauf aufbauend soll ein Analyseraster¹¹ entworfen werden, anhand

¹¹ Bei der Einteilung soll dabei auf das Analyseraster von *Sebaldt* und *Strafner* zurückgegriffen werden, die die Klassiker der Verbändeforschung in Verbände und Gesellschaft, Verbände und Staat, Verbände und Organisation und Verbände und Individuum unterteilt haben. Da sie sich allerdings an den Klassikern selbst orientiert haben, ist eine Ergänzung anderer Theoriestränge in den einzelnen Punkten erforderlich (2006).

dessen im nächsten Schritt eine Synthese mit den Transformationstheorien vorgenommen und ein umfassendes Variablenset zur Analyse der Fallstudien entworfen wird.

In einem zweiten Schritt werden diese Ergebnisse mit den Erkenntnissen der Transformationsforschung in Einklang gebracht. Dazu werden die vier großen Theoriestränge der Systemtransformationstheorie (System-, Modernisierungs-, Kultur- und Akteurstheorien) Eingang in die Arbeit finden, um herauszufiltern, welcher die besten Erklärungsmuster für die Interessengruppen bereithält. Dabei soll der Schwerpunkt auf der Klärung der Frage liegen, welche Ausgangs-, Rahmen- und Umweltbedingungen bei der Systemtransformation vorliegen. Davon ausgehend werden besonders diejenigen Prämissen herausgearbeitet, die mit organisierten Interessen in Zusammenhang zu bringen sind. Die Darstellung und Abgrenzung der Transitionsphasen (Liberalisierung, Institutionalisierung und Konsolidierung) soll schließlich Erkenntnisse zu Entwicklungen in den verschiedenen Transformationszeiträumen ermöglichen.

Die Synthese der Verbändetheorien und der Systemtransformationforschung schließt den Theorieteil mit der Entwicklung eines Variablensets ab. Um diese Verbindung der beiden Forschungsfelder zu erreichen, sollen sowohl die verbandlichen Funktionen, die Organisationslogik und das Mitgliederverhalten von Interessengruppen in diesen Rahmen der Systemwechselforschung eingepasst werden. Erkenntnisinteresse ist dabei, welche Folgen die besonderen Rahmenbedingungen der einzelnen Transitionsphasen für die Charakteristika von Verbänden haben. Damit wird eine Verbindung zwischen den Fragestellungen der Transformationsforschung zu denen der klassischen Verbändeforschung hergestellt.

1.3.2 Fallauswahl und empirische Überprüfung

Bevor das Theoriemodell auf ein Fallbeispiel angewandt wird, müssen zunächst die besonderen Kontextbedingungen in Mittel- und Osteuropa näher betrachtet werden. Durch die über 40-jährige sozialistische Herrschaft haben sich die Rahmenbedingungen, wie sie von der Verbändeforschung allgemein angenommen werden, verändert bzw. waren die Länder im Untersuchungsraum in der Zeit vor der sozialistischen Herrschaft nur teilweise mit den Strukturen der westlichen Staaten vergleichbar. Diese Änderungen und die besonderen Determinanten des Untersuchungsgegenstands sollen in diesem Teil im Fokus stehen.

Die empirische Überprüfung soll im Anschluss anhand der Tschechischen Republik als postkommunistischen Transformationsstaat erfolgen. Damit wird ein Land herangezogen, das mittlerweile einen gelungenen Prozess der Demokratisierung und Institutionenbildung hinter sich hat und in dem das politische und wirtschaftliche System zu einem hohen Grad konsolidiert ist. Außerdem ist durch die Einbindung in die supranationalen Strukturen der Europäischen Union durch den EU-Osterweiterungsprozess und den konkreten Beitritt im Jahr 2004 der Konsolidierungsprozess gefördert worden. Für den Untersuchungsgegenstand ist es zunächst erforderlich, den Transformationsverlauf in der Tschechoslowakei und im späteren Tschechien darzustellen, da dieser letztlich den Rahmen für die Entstehung, die Organisation und das Agieren der Interessenverbände bildet. Vor der Staatstrennung der Tschechoslowakei am 01.01.1993 soll sich auf die Landesteile der heutigen Tschechischen Republik konzentriert werden, da bei den Verbänden in den jeweiligen Landesteilen eine unterschiedliche Entwicklung festzustellen ist. Somit soll nur bei den

Stellen, bei denen es für den Gesamtzusammenhang unerlässlich ist, auf den slowakischen Landesteil Bezug genommen werden. Um die Theorie in der Empirie schließlich überprüfen zu können, ist es von großer Bedeutung, die tschechische Transformation in die Phasen Liberalisierung, Institutionalisierung und Konsolidierung einzuteilen.

Als Forschungszeitraum steht dementsprechend die Phase zwischen Januar 1988 und Ende 2008 im Fokus. Im Jahr 1988 fanden in der Tschechoslowakei erstmals Demonstrationen gegen das Regime statt und die Oppositionsbewegung wurde breiter. Dies waren erste Anzeichen für eine Liberalisierung und sollen deshalb als Ausgangspunkt der Untersuchung herangezogen werden. Als Endpunkt dient das Jahr 2008. Vier Jahre nach dem EU-Beitritt und kurz vor der eigenen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 hat sich in Tschechien das Regieren im Multiebenensystem etabliert und die Demokratie gilt als gefestigt und konsolidiert. Dieser Forschungszeitraum ermöglicht einen umfassenden Blick auf den gesamten Transformationsprozess in einem mittel- und osteuropäischen Land.

Nach der allgemeinen Betrachtung der tschechischen Interessengruppenlandschaft werden zwei Verbandstypen im Speziellen herangezogen. Dazu dienen zum einen die Gewerkschaften, die aus zweierlei Gründen von besonderem Interesse sind. So bestanden sie bereits in der kommunistischen Zeit und mussten nach 1989 einen personellen und funktionellen Wandel vollziehen. Von einer Staatsorganisation mussten sie sich nach dem Sturz des Kommunismus zu einer Interessenorganisation der Arbeitnehmer entwickeln. Darüber hinaus sind Gewerkschaften als zentrale Komponente des wirtschaftsverbandlichen Spektrums Träger der ökonomischen Transformation, indem sie durch die Mitgestaltung der Arbeitsbeziehungen und die politische Repräsentation der Arbeiterbewegung zur Entwicklung des Wirtschaftssystems beitragen. So sind sie auch am ehesten geeignet, steuerungspolitische Funktionen wahrzunehmen, weil sie staatliche Aufgaben übernehmen könnten.

Zum anderen werden mit den Umwelt- und Klimaschutzorganisationen Interessenverbände untersucht, die größtenteils erst nach 1989 in Erscheinung getreten sind. Damit können auch die Bedingungen für die Entstehung von Verbänden in der Phase der Systemtransformation nachvollzogen werden. Umweltverbände sind schließlich ein wichtiger Motor ökologischer Modernisierung, indem sie auf die Risiken der Umweltverschmutzung hinweisen, entsprechende Gesetzgebung beeinflussen, aber durch eigene Projektarbeit auch selbst zum Träger des Umweltschutzes werden. Zu erwarten ist, dass bei dieser Art von Interessenvertretung unterschiedliche Organisations- und Mobilisierungsmuster feststellbar sind. Mit dieser Fallauswahl ist gewährleistet, dass bei der empirischen Überprüfung ein breites Spektrum der Verbände abgedeckt wird.

1.4 Forschungsmethodik

Für den theoretischen Teil der Arbeit wurde primär die Methode der Sekundäranalyse angewandt. Die Verbände-forschung hat, bedingt durch die lange Tradition, ein weit verzweigtes Netz an Sekundärliteratur hervorgebracht, das die Forschungsbereiche größtenteils abdeckt. Dazu dienten zunächst die Verbände-klassiker (u.a. *Truman, Fraenkel, Olson, Hirschman, Salisbury, Lehmbuch, Schmitter, Michels* und *Eldersveld*). Im Anschluss daran wurde intensiv auf die weiterführende Forschung, vor allem in Bezug auf die verschiedenen Erscheinungsformen der Verbandssysteme (z.B. *von Alemann, von Beyme, Reutter, Sebaldt, Weßels* und *von Winter*) eingegangen und diese umfassend einbezogen. In einem zweiten

Schritt wurde die umfassende Literatur der Transformationsforschung bearbeitet. Von den verschiedenen Forschungsrichtungen wurde die für die Synthese geeignete Theorie herangezogen. Diese Erkenntnisse führten schließlich zur Entwicklung eines neuen Erklärungsmodells.

Im Anschluss an den theoretischen Teil folgten umfangreiche empirische Untersuchungen. Beim Fallbeispiel Tschechien ist eine breitere Literaturbasis vorhanden, die zunächst strukturiert abgehandelt werden wurde. Darüber hinaus war für die empirische Studie insbesondere die Bearbeitung einer Reihe schriftlicher Quellen von Bedeutung. Dazu zählten Dokumente zur tschechischen Verbandslandschaft, welche einen Überblick über die relevanten Organisationsspektren verschaffen, Publikationen bzw. Internetauftritte der einzelnen Verbände, aus denen sowohl ihr Selbstverständnis als auch ihre Tätigkeitsschwerpunkte ersichtlich wurden und amtliche Publikationen bzw. Internetquellen, aus denen die nötigen Gesetzestexte bzw. die Materialien zum Regierungshandeln isoliert werden konnten. Um die bestehenden Datenlücken zu füllen, wurde eine gezielte Zeitungsrecherche in den tschechischen Tages- und Wochenzeitungen vorgenommen. Dabei wurde sich auf die Verbandspublikationen der untersuchten Verbände fokussiert. Auch qualitative Interviews mit Verbandsfunktionären haben dazu beigetragen, offene Fragen zu klären.

Abschließend wurden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung in Bezug auf das Variablenset des Theorieteils zusammengefasst und interpretiert. Die Studie soll somit einen Beitrag dazu leisten, der Verbändeforschung auch in Mittel- und Osteuropa den Stellenwert zu verschaffen, den sie in den westlichen Demokratien bereits hat.

2 Verbändetheorien

2.1 Verbände und Gesellschaft: Die Organisierbarkeit von Verbänden und Interessengruppen

2.1.1 Pluralismus

Der Pluralismus ist der älteste Ansatz zur Erklärung von Interessen und Interessengruppen¹² in der Gesellschaft. Bereits im 19. Jahrhundert kann der Beginn der Pluralismusforschung verortet werden, auch wenn sich die Autoren dieses Etikett selbst nicht gegeben haben. Eine „Pionierfunktion“ (Sebaldt 2006: 16) ist dabei *Alexis de Tocqueville* zuzuschreiben, der in seinem zwischen 1835 und 1840 erschienen Werk „Über die Demokratie in Amerika“ bereits betonte, dass die freie Bildung und Aktivität autonomer Vereinigungen ein Indikator freiheitlicher Ordnung und ein Wesenskern amerikanischer Politik sei. Er betrachtete „das Verbändewesen als Grundpfeiler der Freiheit“ (Hidalgo 2006: 49). Deshalb war für ihn in demokratischen Ländern die „[...] science of associations [...] the mother of science; the progress of all the rest depends upon the progress it has made“ (de Tocquville 1961: 132). Diese frühe Erkenntnis der Wichtigkeit organisierter Interessen wird im Verlauf dieser Arbeit besonders bei der Frage nach einer konsolidierten Demokratie in Transformationsstaaten von Bedeutung sein.

Darauf aufbauend fußt die moderne Pluralismustheorie auf den Werken von *Arthur Bentley* „The Process of Government“ (Bentley 1908: 21) und insbesondere *David B. Truman* „The Governmental Process“ (Truman 1951). Letzterer entwickelte eine umfassende Gruppentheorie, die die Gesellschaft als heterogenes Kompositum aus Verbänden betrachtet. Die Macht ist dadurch fragmentiert und stellt ein „system of dispersed inequalities“ (Jordan 1990: 288) dar. Die Verbände sind folglich ein organisatorisches Spiegelbild der ihnen zugrunde liegenden Gesellschaft. Selbst die einfachsten Gesellschaften bestehen aus einem "mosaic of overlapping groups" (Truman 1951: 43).

Solche Interessengruppen basieren nach *Truman* im Wesentlichen auf der Interaktion ihrer Mitglieder. Diese kommt zustande, wenn die Mitglieder gemeinsame Haltungen ("shared attitudes") und Forderungen gegenüber anderen ("claims upon others") aufweisen.

As used here "interest groups" refers to any group that, on the basis of one or more shared attitudes, make certain claims upon other groups in the society for the establishment, maintenance,

¹² In der Arbeit werden die Begriffe organisierte Interessen, Interessengruppe, Verbände und auch die englische Bezeichnung *Pressure group* synonym verwendet. Letztere Bezeichnung betont das konfliktive Verhältnis im Zuge der Eigeninteressedurchsetzung. Verband steht mehr für die festen organisatorischen Strukturen. Der Begriff organisiertes Interesse betont das Zusammenkommen von der festen Ordnung der Organisation und dem individuellen Interesse der Einzelperson. Alle Begriffe drücken abgesehen von dieser semantischen Unterscheidung aber das Gleiche aus. Abzugrenzen ist dagegen der Verein, da dieser keine oder meist keine politischen Ziele verfolgt; vgl. dazu die Definitionen bei *Sebaldt/Straßner* (2004: 19-23) und *von Alemann* (1987).

or enhancement of forms of behavior that are implied by the shared attitudes [...] In this respect all groups are interest groups because they are shared-attitude groups (Truman 1951: 33-34)

Für die Entstehung einer Interessengruppe ist allerdings "the interaction crucial ... not the shared characteristic" (Truman 1951: 24). Die Frequenz und die Beständigkeit der Interaktionen legen folglich die Stärke eines Verbandes fest. Existiert innerhalb der Verbände kein sehr intensives Zusammenwirken, kommt es nicht zur formellen Bildung einer Organisation. Allerdings ist die besondere Eigenschaft dieser Verbände, dass sie Potential für eine höhere Interaktion aufweisen, weshalb *Truman* diese Verbände als "potential groups" bezeichnet. Diese Art von Verbänden ist zwar immer präsent und oft einflussreich, doch sind die Interessen schwach und thematisch divergierend, wie z.B. Verbraucherschutz, Umweltschutz usw. (Ricci 1971: 69).¹³ Im Gegensatz dazu existieren Verbände, die sich mit einem Hauptsitz, Mitgliedsbeiträgen, regelmäßigen Treffen usw. formell organisieren. Diese organisierten Verbände werden zum einen durch die Rücksicht auf die allgemeinen Interessen der "potential groups" und zum anderen durch die Mehrfachmitgliedschaft ihrer Mitglieder ("multiple group membership" oder auch "overlapping membership") beschränkt.

Da nach *Truman* das Hauptziel von Verbandsaktivitäten das Erkennen und Zufriedenstellen der Wünsche ihrer Mitglieder ist, ist der Zugang zu den staatlichen Aktionszentren ("points of access") ein weiterer wesentlicher Bestandteil seiner Gruppentheorie. Dieser Zugang wird durch das Einhalten von Spielregeln ("rules of the game") und der demokratischen Form ("democratic mold") der Verbände garantiert. Für den Fortgang der Studie ist dies von Bedeutung, da aus Sicht der Pluralismustheorie die Interessengruppenarbeit nur unter demokratischen, rechtsstaatlichen Voraussetzungen funktionieren kann und nicht etwa, wenn sich der Staat noch in der Transformation befindet.

In Westeuropa und speziell in Deutschland fiel die Pluralismustheorie auf fruchtbaren Boden¹⁴ und rief eine Vielzahl von Veröffentlichungen hervor. Vor allem *Ernst Fraenkel* (Fraenkel 1979) ermöglichte dem Pluralismus eine nachhaltige Entfaltung. Dabei geht es in seinen Arbeiten aber weniger um ein Analyseraster für Verbände, sondern vielmehr um ein normatives Konzept zur Überwindung von Autoritarismus und Tolaritarismus.¹⁵ Kern seiner Konzeption ist, dass in einer pluralistischen Gesellschaft jegliches Interesse frei artikuliert und organisiert werden kann. Durch die konkurrierenden Gruppen und Parteien kommt es zum Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Basis dieses Systems sind neben fundamentalen, rechtsstaatlich garantierten Verfahrensregeln vor allem die unantastbaren, gemeinsamen Werte wie Menschenrechte und Menschenwürde. Die Organisationen müssen folglich mindestens einen gemeinsamen, verpflichtenden Wertekodex anerkennen.

¹³ Das Konzept der *potential group* wurde mehrfach in Frage gestellt. So geht etwa *Smith* davon aus, dass die Gründung nicht etwa an organisatorischen Defiziten, sondern an dem Unwillen der Betroffenen scheitert. Für *Smith* kann deshalb eine Interessengruppe „only exist once it is formed“ (1993: 27).

¹⁴ Die Gruppentheorie *Trumans* fand auch in der US-Politikwissenschaft viele Anhänger. Der Verdienst *Trumans* wird vor allem darin gesehen, dass er einen konzeptionellen Rahmen für das Phänomen der Verbände in der amerikanischen Politik gefunden und diesen politikwissenschaftlich aufbereitet hat; vgl. *Sebaldt* (1997: 46 FN 30) und *Zeitler* (2006: 66).

¹⁵ Diese Gegenüberstellung von Pluralismus und autoritärem Staat bezeichnete *Fraenkel* deshalb auch als Neopluralismus. Diesen Begriff begründet *Fraenkel* mit der Fragestellung: „Ist es angesichts der Tatsache, daß die Hinwendung zum totalen Staat aus der Negation des Pluralismus gerechtfertigt worden ist, nicht geboten, durch eine Negation der Negation zu versuchen, den Totalitarismus durch einen Neo-Pluralismus zu überwinden?“ (1979: 205).

Die Leistung des Pluralismus liegt darin, aufgezeigt zu haben, dass Verbände und Interessengruppen zu den elementaren Bestandteilen moderner Politik gehören. Doch über den normativen Anspruch einer Staats- und Demokratietheorie von *Ernst Fraenkel* hinaus lässt sich die Pluralismustheorie auch für die empirische Analyse zusammenfassen (von Alemann 1987: 43):

- Alle wesentlichen Interessen der Gesellschaft sind über Verbände und Parteien organisierbar bzw. organisiert.
- Für diese organisierten Interessen herrscht aufgrund gleicher Spielregeln Machtgleichgewicht und Chancengleichheit.
- Das System ist offen und empfänglich für sich neu artikulierende Interessen.
- Bei drohender einseitiger Interessensdurchsetzung besteht die Garantie, dass ein neuer Verband entsteht, der eine Gegenmacht bildet.
- Es herrscht ein Grundkonsens über die Spielregeln des pluralistischen Wettbewerbs.

Doch zog die Pluralismustheorie auch eine Reihe von Kritikpunkten an.¹⁶ Einer davon bezog sich auf das Problem der Organisierbarkeit von Interessen. Vor allem die Neue Politische Ökonomie entwickelte aus dieser Kritik heraus die Verbändetheorien weiter.

2.1.2 Die Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie

Dabei kommt vor allem *Mancur Olson* der Verdienst zu, mit seinem Beitrag zur Theorie-diskussion die Organisierbarkeit von Interessen genauer erfasst zu haben.¹⁷ Sein Ausgangspunkt ist die These der Pluralismustheoretiker, dass alle Interessen einer Gesellschaft organisierbar sind. Er zieht dies nicht nur in Zweifel, sondern versucht auch aufzuzeigen, dass nur spezielle Gruppeninteressen organisierbar sind. Zu diesem Ergebnis kommt *Olson* durch die Formulierung des klassischen „Olsonischen Dilemmas“: Je größer die Zahl der Interessenten an der Erreichung eines Kollektivguts ist, desto unwahrscheinlicher kommt es zur Bildung einer Interessengruppe. Dieser scheinbare Widerspruch liegt ihm zufolge in der „Logik des kollektiven Handelns“, die besagt, dass sich rational handelnde Individuen bei kollektiven Zielen von Interessengruppen ab einer bestimmten Größe anders verhalten, als bei individuellen Zielen.

¹⁶ Bei der Untersuchung sollen dabei nur die für die Theoriesynthese und die empirische Untersuchung relevanten Kritiker herangezogen werden, die auch zu einer Weiterentwicklung der Verbändeforschung geführt und dazu beigetragen haben, noch offene Fragen zu klären. Deshalb wird auf eine Darstellung der „rechten Pluralismuskritiker“, bei denen *Carl Schmidt* (1932; 1961) als federführender Autor genannt werden muss, und der „linken Pluralismuskritik“ mit den konflikttheoretischen Überlegungen verzichtet. Zu letzterer zählt u.a. *Claus Offe* (1969), *Reiner Eisfeld* (1972), *William Connolly* (1969), *Theodore Lowi* (1969) und *Wright C. Mills* (1962). Eine gute Überblicksdarstellung über die Kritiker bietet u.a. *Kurt Sontheimer* (1973: 425-443), *Kremendahl* (1977) und *Steffani* (1980a: 55-60). Die Texte der wichtigen Autoren finden sich bei *Nuscheler/Steffani* (1976: 93-146, 215-252).

¹⁷ Der Ansatz von *Olson* hat vielfachen Widerhall in der wissenschaftlichen Debatte erfahren. Siehe dazu umfassend u.a. die Arbeiten von *Pies* (1997), *Schubert* (1992a; 1992b), *Sandler* (1992) und *Keller* (1988). Einführende Überblicksdarstellungen bieten u.a. *Stern* (2006), *Lehner* (1981: 77-84), *Braun* (1999: 104-137), *Reisman* (1990), *Kirsch* (2004: 168-200) oder auch *Hardin* (1993). Eine oft zitierte Kritik liefert *Wagner* (1966).